

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	13. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	30. Juni 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

33.

**Punkt 30 der Tagesordnung: Kita-Streik:**

**Entschädigung für Kita-Streik**

**Antrag des Stadtrats Parsa Marvi, der Stadträtinnen Yvette Melchien und Irene Moser (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 21. Mai 2015**

**Vorlage: 2015/0333**

**Rückerstattung der Kindergartenbeiträge wegen Streik**

**Antrag der Stadträte Tilman Pfankuch, Detlef Hofmann, Dr. Thomas Müller, der Stadträtinnen Dr. Rahsan Dogan, Bettina Meier-Augenstein, Marianne Mußnug und Karin Wiedemann (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 22. März 2015**

**Vorlage: 2015/0325**

**Beschluss:**

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 30.1 und 30.2 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Im April haben die ersten Einrichtungen, die städtischen Kitas und Schülerhorte gestreikt. Das hat sich dann ziemlich gezogen bis in den Mai. Mittlerweile befinden wir uns in der Schlichtung bzw. wird über das Ergebnis abgestimmt. Nach den ersten Streiktagen ist einfach so eine Unruhe bei den Eltern entstanden, weil es doch viele Tage waren, die auf einmal und teilweise auch sehr plötzlich überbrückt werden mussten, nach anderer Betreuung geschaut werden musste.

Dadurch ist so ein bisschen eine ungute Stimmung entstanden. Es hat sich eigentlich recht schnell gezeigt, auch in der öffentlichen Diskussion, dass wir, auch die anderen Kollegen, dann angesprochen wurden, dass die Eltern einfach nicht bereit sind, für diese Streiktage auch die Beiträge zu bezahlen. Hintergrund ist, dass bei einem Streik entsprechend für diese Tage der Arbeitslohn abgezogen wird und dafür - bei Mitgliedschaft in der Gewerkschaft - ein Streikgeld bezahlt wird. Insofern sind bei der Stadt Karlsruhe die Personalkosten für diese Tage nicht entstanden. Darüber hinaus sind auch

Kosten für Mittagessen, soweit man es im Voraus abbestellen konnte, oder auch vielleicht Reinigungsaufwendungen nicht entstanden.

Die CDU-Fraktion unterstützt auf jeden Fall dieses Anliegen der Eltern, dass wir die Beiträge anteilig zurückerstatten. Ich entnehme es der recht ausführlichen Antwort der Verwaltung, dass sie schon dabei ist zu überlegen, wie dies im Endeffekt denn möglich ist. Es ist natürlich klar, dass es uns als Gemeinderat erst vorgelegt werden kann, wenn überhaupt dieser ganze Vorgang abgeschlossen ist und wir auch tatsächlich wissen, um wie viele Tage, um welche Einrichtungen, welche Kinder usw. es sich handelt. Das ist schon recht kompliziert.

Uns geht es heute darum, dass wir als Gemeinderat ein ganz klares Zeichen nach außen senden, dass wir sagen, ja, wir als Gemeinderat erstatten die Beiträge zurück, auch Karlsruhe folgt. Viele andere Städte haben es schon vorgemacht. Wie das im Detail dann aussieht, besprechen wir dann zu gegebener Zeit.

**Stadträtin Moser (SPD):** Heute ist nicht nur ein guter Tag für Bürgermeisterin Luczak-Schwarz, sondern auch für viele Eltern, die ihre Kita-Gebühren, das entnehme ich jedenfalls der Vorlage, für die Zeit des Streiks erstattet bekommen. Durch den Streik der Erzieherinnen und Erzieher waren die städtischen Kindertageseinrichtungen geschlossen und die Eltern gezwungen, eine anderweitige Unterbringungslösung für ihre Kinder zu finden. Die Gehaltsforderungen der Erzieherinnen und Erzieher können wir nachvollziehen. Wir möchten mit unserem Antrag nur sicherstellen, dass die Familien nicht die Leidtragenden der Tarifaueinandersetzungen sind. Wir möchten dem Vorschlag der Verwaltung folgen, die keine spitzgerechnete, sondern eine unbürokratische pauschale Erstattung der Kita-Beiträge zusagt.

Außerdem begrüßen wir sehr, dass mit der Erarbeitung eines Konzeptes begonnen wird, so dass nach Beendigung der Schlichtung bzw. nach Beendigung der Tarifaueinandersetzungen schnellstmöglich die Beiträge ausbezahlt werden können und es keine langen Wartezeiten gibt. Wir legen ganz besonderen Wert darauf, dass dies auch zeitnah passiert. Vielen Dank an die Verwaltung, die unser Anliegen aufnimmt. So kann ich nur mit den Worten schließen, mit denen ich begonnen habe: Es ist ein guter Tag für viele Familien.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Parallel zu den beiden Anträgen von CDU und SPD haben wir Grünen auch an Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup, ein Schreiben gerichtet, in dem wir auch die anteilige Rückerstattung der Kita-Gebühren gefordert haben. In dem Antwortschreiben haben wir ebenfalls die Antwort erhalten, dass dieses erfolgen soll mit einem noch im Detail zu erarbeitenden Verfahren einer Pauschalisierung. Wir halten das auch für zielführend, hier eine pauschalisierte Zurückzahlung vorzunehmen. Das wird auch in anderen Städten, u. a. in Stuttgart, so praktiziert, wobei dort rund 60 % zurückerstattet werden. Es müsste noch im Detail geklärt werden, in welchem Umfang die Rückerstattung hier in Karlsruhe erfolgt.

Ich möchte aber betonen, dass wir auch sehr begrüßen, dass die Eltern zu einem erheblichen Anteil, trotz der hohen Belastung, auch Verständnis aufgebracht haben für die Forderungen der Erzieherinnen nach einer Aufwertung ihrer Berufstätigkeit. Jetzt zeich-

net sich in der Schlichtung ab, dass zumindest ein weiterer Schritt genommen wird, wobei wir als Grüne auch sagen müssen, dass das nur ein weiterer Schritt ist und die Aufwertung dieses Berufes sicher noch weitere Schritte erforderlich macht. Wir hoffen, dass jetzt trotzdem ein gutes Ergebnis auch angenommen wird und begrüßen, dass Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup, und die Stadtverwaltung dieser auch von uns geforderten Rückzahlung nachgekommen ist.

**Stadtrat Braun (KULT):** Gerade eben unterhielten wir uns noch über Verkehr. Widmen wir uns nun den daraus resultierenden Folgen. Durch den Streik in städtischen Kindertageseinrichtungen konnten diese von Kindern nicht besucht werden. Das pädagogische Personal streikte aber aus gutem Grund. So leisten sie einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung der Kinder und müssen daher auch dementsprechend vergütet werden. Der Streik also absolut nachvollziehbar. Trotzdem blieben alle Leistungen aus, obwohl sie bezahlt wurden. Es wäre ein Unding, wenn wir den Eltern nun nicht die Beiträge zurückerstatten würden, wie es vorbildlich in vielen anderen Kommunen in der Umgebung bereits gehandhabt wurde. Wollen wir so mit unseren Kindern und deren Eltern umgehen?

Wir von KULT fordern daher, dass alle Streiktage, in denen die Kinder daheim bleiben mussten, vollumfänglich erstattet werden. Eine anteilige Erstattung, wie sie von der CDU beispielsweise gefordert wird, ist absolut nicht ausreichend. Es geht um unsere nächste Generation. Da zu sparen wäre falsch. Die Eltern leiden bereits genug, da sie sich für den Ausfall der Betreuung nach Alternativmöglichkeiten umsehen mussten. Da es in Karlsruhe nicht ausreichend Notfallplätze gibt, müssen viele Eltern dies auf eigene Initiative und auf eigene Kosten tun. Die so entstandenen Belastungen können durch die volle Rückerstattung der Beiträge so zumindest gemindert werden. Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen und den Eltern nicht noch mehr Steine in den Weg legen. Dieser ist nämlich steinig genug.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich hoffe, dass Sie auch den FDP-Brief zu diesem Thema bekommen haben. Liebe Kollegen und Kolleginnen, für einen Schulleiter und Kindergartenteiler in seiner absolut letzten Arbeitswoche war es ein Vergnügen zu hören, was Sie gesagt haben.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich warne davor die Diskussion so zu führen, weil wir den Streik für so berechtigt halten, machen wir jetzt eine Erstattung. Das war manchmal so angeklungen. Ich würde Sie einfach nur bitten, das so nicht weiter zu diskutieren, sondern wir orientieren uns an dem, was die Eltern dann an Konsequenzen zu tragen hatten. Die Aussage, Herr Braun, es gäbe keine ausreichenden Notfallplätze, stimmt nicht. Wir haben über 100 Notfallplätze gehabt, von denen durchschnittlich 15 bis 19 belegt waren. Das heißt, es ist auch eine Entscheidung der Eltern gewesen, diese Alternativangebote nicht anzunehmen, sondern dann ihre Kinder lieber anderweitig zu versorgen. Ich weiß, dass die Alternativangebote oft mit zusätzlichen Wegen, mit anderen Gruppen verbunden waren. Ich würde nur einfach bitten, dass das so in dieser Form dargestellt wird.

Wir beugen uns ein bisschen der öffentlichen Diskussion an dieser Stelle und auch dem, dass in anderen Städten solche Entscheidungen schon gefallen sind und werden ihnen

deswegen einen Vorschlag dazu machen, über den wir dann noch zu gegebener Zeit diskutieren. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es nicht so ganz einfach und so ganz zeitnah erfolgen kann, weil wir letztlich doch alle Ansprüche der 2.500 bis 2.700 Eltern hier einzeln prüfen müssen. Zum Teil werden Dinge erstattet über Jugendhilfe, zum Teil nicht. Wir haben also sehr individuelle Fälle. Wir werden auch verschiedene Möglichkeiten diskutieren, wie wir das erstatten. Die Stadt Mannheim beispielsweise hat eine Gutschrift ausgestellt. Da muss ich kein Geld überweisen, sondern es gibt eine Gutschrift, die wird mit dem nächsten Mal wieder verrechnet. So können wir mal darüber nachdenken, dass es eben möglichst unbürokratisch funktioniert. Eines sage ich aber auch, dass Streiks an irgendeiner Stelle Leuten unangenehme Konsequenzen hervorrufen, gehört zum Wesen des Streikens, sonst brauche ich nicht zu streiken. Zum Wesen des Streikrechts: Ich bin nicht der Meinung, dass dann für alle Unbill immer die Stadt Karlsruhe in die Bresche springen muss, weil wir natürlich bestimmte Vorhaltekosten trotzdem haben, auch wenn das Gehalt der Streikenden dann jeweils über die Streikkasse bezahlt wird. Ich hätte auch schon Interesse daran, dass wir am Ende nicht auch noch die Gesamtsituation finanziell durch eine zu großzügige Erstattung noch reduzieren. Das an dieser Stelle. Wir diskutieren es dann, wenn wir Ihnen einen Vorschlag dazu machen. Die Botschaft ist von allen Seiten angekommen. Dann können wir so verfahren.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
17. Juli 2015